Einzelnummer 10 Pfennig
Bei Zustellung durch Träger oder in allen Kiosken erhältlich

Arbeiterstimme

Tageszeitung der KPD / Sektion der Kommunistischen Internationale / Bezirk Ostsachsen

Beilagen: Der rote Stern / Der kommunistische Genossenschafter / Wirtschaftliche Rundschau / Kunst und Wissen

Bezugspreis monatlich frei Haus 2 RM. (halbmonatl. 1 RM.), durch die Post bezogen monatl. 2 RM. (ohne Zustellungsgebühr) / Verlag: Dresdner Verlagsgesellschaft m. b. H., Dresden-A. 1 / Geschäftsstelle u. Expedition: Güterbahnhofstr. 2 / Fernsprecher: 17259 / Postscheckkonto: Dresden Nr. 18600, Dresdner Verlagsgesellschaft / Schriftleitung: Dresden-A. Güterbahnhofstr. 2 / Fernspr. Amt Dresden Nr. 17259 / Drahtanschrift: Arbeiterstimme Dresden / Sprechstunden der Redaktion: Wochentags 4—6 Uhr (außer Dienstag u. Donnerstag)

Anzeigenpreis: Die neunmal gespaltene Nonpareillezeile oder deren Raum 0.30 RM., für Familienanzeigen 0.20 RM. für die Reklamezeile anschließend an den dreispaltigen Teil einer Textseite 1.50 RM. Anzeigen-Annahme wochentags bis 9 Uhr vormittags in der Expedition Dresden-A., Güterbahnhofstraße 2 / Die „Arbeiterstimme" erscheint täglich außer an Sonn- und Feiertagen / In Fällen höherer Gewalt besteht kein Anspruch auf Lieferung der Zeitung oder auf Zurückzahlung des Bezugspreises

3. Jahrgang — Sonnabend, den 23. Juli 1927 — Nummer 170

Vor dem Urteil in Stuttgart

Methoden des Riednergerichts

Im Eiltempo geht der Monsterprozeß gegen die 13 Kommunisten in Stuttgart seinem Ende entgegen. Man merkt es in dem ganzen Gang der Verhandlungen: das Riednergericht will möglichst schnell der schändlichen Führung des Prozesses die Krone aufsetzen: das Terrorurteil, für das der ungeheuerliche Zuchthausantrag des Reichsanwaltes Neumann die Grundlage gegeben hat. Die letzten Tage im Prozeß gegen die 13 angeklagten Kommunisten standen vollständig unter dem Einfluß der Wiener Ereignisse. Man sah deutlich, daß Riedner so rasch als möglich eine Antwort in der Form eines Terrorurteils geben wollte. Nur so ist es zu verstehen, daß alle Verteidigungsanträge abgelehnt wurden und der Reichsanwalt überstürzt seine ungeheuerlichen Strafanträge stellte. Das skrupellose Verhalten und die Methoden des Riednergerichts bestehen darin, daß er den Verteidigern und Angeklagten, wenn sie Fragen an die Zeugen richteten, ins Wort fiel und zynisch erklärt, sie möchten sich etwas kurz fassen, die Verhandlungen müßten rascherledigt werden. Längere Ausführungen der Angeklagten und der Verteidiger läßt Riedner überhaupt nicht mehr zu. Es ist, wie bei allen Riednerprozessen: **Die Angeklagten und Verteidiger haben nichts zu sagen.** In einer der letzten Verhandlungen plädierte Reichsanwalt Tscheta-Neumann die Stellung der Reichsanwaltschaft zu den Beweisanträgen der Verteidigung. Er beantragte selbstverständlich die Ablehnung aller Beweisanträge, wie auch die Aufdeckung der faschistischen Rüstungen im Herbst 1923. Mit der Ablehnung dieser Anträge soll vertuscht werden, daß der jetzige württembergische Staatspräsident Bazille im Herbst 1923 mit Hitler und Kahr verhandelte, um sich zum Diktator ausrufen zu lassen. Weiter soll vertuscht werden, daß der Wehrkreiskommandeur der Reichswehr, General Reinhard, mit den faschistischen Organisationen ein geheimes Abkommen traf. Was die übrigen Beweisanträge betrifft, so erklärte Neumann, daß alle von der Verteidigung genannten Zeugen unglaubwürdig seien. Die Aussagen der meisten Zeugen hält Neumann deshalb für wertlos, weil diese Zeugen wegen politischer Vergehen bestraft worden sind. Damit hat sich aber Neumann, wenn auch unfreiwillig, selbst eine Ohrfeige versetzt, denn die meisten Belastungszeugen, die in dem Prozeß auftraten, sind ebenfalls verurteilt, und zwar noch nicht einmal wegen politischer Vergehen, sondern, wie die Kronzeugen der Staatsanwaltschaft Stoßer und Schwab, wegen gemeiner krimineller Verbrechen. Wertlos wären nach dieser Erklärung des Reichsanwalts auch die Aussagen der Lockspitzel Diener und König, die, wenn auch nur zum Scheine, zu Zuchthausstrafen verurteilt worden sind.

Ganz besonders interessant gestaltete sich die Vernehmung der Kriminalbeamten, die als Belastungszeugen gegen die Angeschuldigten auftraten. Sie wurden im Eilzugstempo vernommen. Die Zeugen hatten entweder die Angaben auswendig gelernt, oder Riedner las ihnen die polizeilichen Vernehmungsprotokolle vor, die dann von ihnen genehmigt wurden. Der bekannte und berüchtigte Oberinspektor Koppenhöfer trat bei seiner Vernehmung äußerst provozierend auf, erlaubte sich, Urteile über die Angeklagten zu fällen, ohne dabei von dem Riednergericht in die Schranken verwiesen zu werden. In dieser Manier wurde fortgefahren, bis die Strafanträge kamen, die unter der gesamten Arbeiterschaft eine ungeheure Empörung ausgelöst haben.

Die Arbeiter dürfen sich keiner Illusion hingeben, die Urteilssprüche des Riednergerichts sind bekannt. Das Stuttgarter Urteil wird ein neuer Faustschlag ins Gesicht der arbeitenden Klasse sein.

Aber die Arbeiterklasse ist nicht wehrlos. Die Ereignisse der letzten Wochen haben gezeigt, wohin die Methoden der Klassenjustiz führen können. Der ausgebrannte Justizpalast in Wien ist ein warnendes Signal — ein weithin sichtbares Symbol für den Haß der Arbeiter gegen die Schmach der Justiz der Republik. Die Gewaltherren der Klassengerichte spielen ein gewagtes Spiel. Sie werfen durch ihre Schandurteile Brandfackeln der Empörung in Millionen Herzen und Hirne der Arbeiter — sie werden es so lange tun, bis sie das ernten, was sie gesät haben.

Doch noch fühlen sich die Herrschaften sicher. Noch glauben sie, den Proteststurm der Arbeiter aus den Betrieben ignorieren zu können, noch ist ihnen das dumpfe Grollen von unten nicht genügend vernehmbar. Noch dulden es die Arbeiter. Doch von heute auf morgen — die Szene kann gründlich wechseln. Die Geschichte der Arbeiterschaft ist reich an solchen Erscheinungen. Wer hätte noch vor einer Woche geahnt, daß das Schattendorfer Urteil solche Folgen auslösen könnte.

Sollte das Riednergericht es trotzdem wagen, nach der Vorlage des Reichsanwalts Neumann seinen Terrorspruch gegen die 13 tapferen Kommunisten zu fällen, so muß es unsere Aufgabe sein, den Opfern der brutalen Klassenjustiz die Gewißheit mitzugeben auf ihren Weg hinter die Gitter der Zwingburgen dieser kapitalistischen Republik:

Die Arbeiterschaft Deutschlands ist wachgerüttelt worden. Sie wird wach bleiben und alle Säumigen aufrütteln, sie eingliedern in ihre Front, die einst zum Stemmeisen wird, das die Kerkertore sprengt und die Klassenjustiz der Bourgeoisie niederringt.

Ein Wahrzeichen

Wien – ein Beispiel revolutionären Widerstandes

Nachstehend veröffentlichen wir den Wortlaut des Aufrufes des Exekutivkomitees der Kommunistischen Internationale zu den Wiener Ereignissen, dessen Inhalt der Vorwärts benutzt, um dem Exekutivkomitee vorzuwerfen, daß mit diesem Aufruf den Klassenrichtern in Oesterreich das Belastungsmaterial für die verhafteten Wiener Barrikadenkämpfer geliefert werde. Um die Methode des Schwindels des sozialdemokratischen Zentralorgans aufzuzeigen, geben wir den Wortlaut des Aufrufes wieder:

Ereignisse von großer Tragweite spielen sich im Herzen Europas ab. Die Arbeiter Wiens haben sich erhoben. Vier Tage stand das Proletariat dieser Stadt und ganz Oesterreichs in heldenmütigem Kampfe. Generalstreik, Aufstand, revolutionäre Massenkämpfe in Wien und in Oesterreich, inmitten Europas: wie ein Fanfarenruf ertönt das in den Ohren der Arbeiter der ganzen Welt und mit Begeisterung und mit Bewunderung blicken sie auf ihre Wiener und ihre österreichischen Brüder. Sie wissen, daß die österreichische Arbeiterklasse, die unter den Folgen des Krieges und der kapitalistischen Sanierungsherrschaft mehr zu leiden hatte als die Arbeiterklasse der meisten Länder Europas, gegen die allgemeine ungehemmte wirtschaftliche und politische Offensive des mit den imperialistischen Raubmächten verbündeten österreichischen Kapitals kämpft. Die österreichische Bourgeoisie, angepeitscht von ihren imperialistischen Fronvögten, will den Achtstundentag und die soziale Gesetzgebung endgültig vernichten, die Lage der Arbeiterklasse noch mehr verschlechtern, ihre Organisationen zerschmettern und einen nackten reaktionär-faschistischen Regierungskurs einschlagen.

Noch größeres Elend, noch größere Erniedrigung, ein politisches Sklavendasein, der Faschismus droht der österreichischen Arbeiterschaft. Das ist es, was dem Kampfe der österreichischen Arbeiter einen so revolutionären Schwung gibt. Das ist, wogegen sich ihr Kampf wendet. Der plötzliche Ausbruch der größten revolutionären Klassenkämpfe in Oesterreich ist aber gleichzeitig auch ein sprechendes Zeichen für die Unhaltbarkeit und die schwankende Art der kapitalistischen „Stabilisierung" in ganz Europa. Er zeigt, daß diese jeden Augenblick in offene revolutionäre Kämpfe umschlagen kann, und wie die Arbeiterschaft den Kampf gegen die Offensive des Kapitals führen muß.

Die österreichische Arbeiterklasse darf im Kampfe gegen den Faschismus nicht auf halbem Wege stehen bleiben. Der Augenblick ist gekommen, wo man handeln muß. Schwanken, halbe Schritte, Ausweichen vor dem Kampfe — diese Momente wären selbstmörderisch.

So wurde das italienische Proletariat geschlagen, weil es im Jahre 1920 nicht den Weg vom Beginn des revolutionären Aufstandes zu seiner Vollendung fand.

Der Kampf muß jetzt ausgekämpft werden, soll nicht Oesterreich völlig dem Faschismus und den imperialistischen Mächten anheimfallen.

Aber da zeigt sich die österreichische Sozialdemokratie, die angeblich „linke" „revolutionäre", der Stolz der Zweiten Internationale, in ihrem ganzen Bankrott, in ihrem vollen Verrat. Jahrelang hat sie das österreichische Proletariat von jeder ernsthaften Aktion, von jedem wirksamen Kampfe gegen die Reaktion ferngehalten. Jahrelang hat sie eine Politik der engsten Zusammenarbeit mit der Bourgeoisie befolgt, und nur zu deren Deckung dienten die linken Phrasen, mit denen sie sich die Arbeiter hielt. Sie hat die Arbeiterschaft auf die notwendigen 51 Prozent Stimmen vertröstet, um den Sozialismus auf friedlichem Wege zu verwirklichen, und sie hat bereits 45 Prozent, und in Wien sogar die große Mehrheit erlangt. Sie hat ihre Wiener Gemeindepolitik als ein sozialistisches Eiland im Meere des Kapitalismus hingestellt. Und was ist das Ergebnis von alledem?

Die Sozialdemokratische Partei hat 45 Prozent der Stimmen, aber die Faschisten dürfen straflos Arbeiter hinmorden

und die elementarsten Rechte der Arbeiter mit Füßen treten. Die Kapitalisten rauben den Arbeitern auch die letzten Errungenschaften.

Die Sozialdemokratie hat die Gemeinde Wien, aber in dieser Gemeinde metzelt die Polizei mit Maschinengewehren die Arbeiter zu Hunderten nieder.

Die Sozialdemokratische Partei hat aus Oesterreich ein Musterland der Demokratie gemacht, aber der weiße Terror wütet dort in der schärfsten Weise. Die Sozialdemokratische Partei hat eine Wehrmacht geschaffen, und diese Wehrmacht wird gegen die Arbeiter verwendet. Die Sozialdemokratische Partei hat die Arbeiter selbst entwaffnet und die Waffenarsenale an die Bourgeoisie ausgeliefert. Jetzt haben die Faschisten und die reaktionäre Polizei die Waffen gegen die Arbeiter angewandt.

Die reformistische Politik der Sozialdemokratischen Partei konnte die Massen vom Auftreten nicht zurückhalten. Die Massen haben gehandelt, und als es zum Kampfe kam, handelten sie gegen den Willen der Führung der Sozialdemokraten und auf revolutionäre Weise.

Und jetzt, da die Massen mit gewaltigem revolutionären Schwunge für ihre Lebensforderungen kämpften, da richtet sich das ganze Augenmerk der Sozialdemokratischen Partei nur darauf, diesen

Kampf so rasch und vollkommen als möglich abzuwürgen.

Der Portowucher perfekt

Berlin, 23. Juli. ((Eig. Drahtbericht.)— Der Verwaltungsrat der Reichspost hat in seiner gestrigen Sitzung die Gebührenvorlage des famosen Bürgerblockministers Schätzel in seinen wesentlichsten Teilen verabschiedet. Damit wird eine erhebliche Verteuerung des Portos eintreten. **Die Briefe sollen im Ortsverkehr künftig 5 Pf. kosten, im Fernverkehr tritt eine 50prozentige Steigerung auf 15 Pf. ein. Die Postkarte soll nach dem Ortstarif 5 Pf. und im Ferntarif auf 8 Pf. erhöht werden. Für Drucksachenkarten wurde ein billigerer Satz von 3 Pf. festgelegt. Die Verhandlungen, die noch nicht vollständig zum Abschluß gekommen sind, werden heute fortgesetzt. Es ist mit Sicherheit anzunehmen, daß der jetzt ausgeführte Wuchertarif auch in der neuen Lesung angenommen wird.**

Es ist kein Zweifel darüber, daß die Verteuerung des Portos zu einer wesentlichen Steigerung der Warenpreise beitragen wird. Auf diesem Wege werden nicht nur die kleinen Geschäftsleute belastet, sondern die Auswirkungen werden insbesondere die Arbeiter zu tragen haben, die die durch den Portowucher erhöhten Preise zu bezahlen haben. Wie der Vorwärts mitteilt, haben die freien Gewerkschaften an den Reichspostminister ein Schreiben gerichtet, in dem festgestellt wird, daß die Erhöhung der Portosätze eine neue schwere Belastung der deutschen Wirtschaft zur Folge haben müsse und die ohnehin schon schwere Lage der Arbeiter noch weiter verschlechtert.

Die Gewerkschaften fordern, so berichtet die Telunion, daß die Portopreiserhöhung, die nach Auffassung der Gewerkschaften über das „notwendige" Maß hinausgehe, auf eine spätere Zeit mit einer „günstigeren Wirtschaftslage" verschoben werden soll. Grundsätzlich hat also auch der ADGB nichts gegen den Portowucher einzuwenden. Nur jetzt soll es Herr Schätzel nicht tun. Vielleicht wird man später mit sich darüber reden lassen.

Die Seipelregierung will Pieck aburteilen

Wie die Telunion aus Wien berichtet, ist Genosse Pieck in das Landgericht eingeliefert worden, nachdem gegen ihn das Verfahren wegen Störung der öffentlichen Ruhe und Ordnung eingeleitet worden ist. Davon unabhängig ist Pieck wegen Uebertretung der Paßvorschriften polizeilich bestraft und für immer aus Oesterreich ausgewiesen worden. Die Ausweisung soll jedoch erst in Kraft treten, wenn das ordentliche Gerichtsverfahren gegen ihn abgeschlossen ist und er seine eventuelle Strafe abgebüßt haben wird. Der Strafsatz des Verbrechens, dessen er beschuldigt wird, beträgt 1—5 Jahre schweren Kerkers.

•

Berlin, 23. Juli. (Eigene Drahtmeldung.) Verschiedene Betriebsbelegschaften und Versammlungen verschiedener proletarischer Organisationen haben bisher bereits scharfe Resolutionen gegen die willkürliche Verhaftung des Vorsitzenden der Roten Hilfe Deutschlands, des Landtagsabgeordneten Pieck, angenommen. Die Resolutionen wenden sich gegen die maßlose Hetze, die von der gesamten Presse gegen Genossen Pieck betrieben wird, und verlangen dessen sofortige Freilassung.

Streik der Metallarbeiter in Berlin?

Berlin, 23. Juli. (Eigene Drahtmeldung.) **Nachdem die Berliner Metallindustriellen den Forderungen der Berliner Arbeiterschaft auf höhere Löhne nicht gewillt sind, Rechnung zu tragen, hat sich der Konflikt derart zugespitzt, daß bereits heute, Sonnabend, in den Betrieben der Streik in Kraft treten wird.**

Semard verhaftet

Paris, 23. Juli. (Eigene Drahtmeldung.) **Der Generalsekretär der Kommunistischen Partei, Semard, der bisher der Aufforderung zur Rückkehr ins Gefängnis, das er gemeinsam mit einem anderen Genossen verlassen hatte, keine Folge leistete, wurde gestern nachmittag bei einer Sitzung im Gewerkschaftshaus verhaftet und ins Gefängnis übergeführt. Im Anschluß an die Verhaftung des Sekretärs der Kommunistischen Partei, Semard, ist auch der stellvertretende Sekretär der Partei, Verand, beim Betreten des Gewerkschaftshauses auf Grund einer Verurteilung wegen Aufreizung von Militärpersonen zum Ungehorsam verhaftet worden.**